

Jerg, Jo

Resonanz für Inklusion in der Politik. Das Ziel steht im Weg bei (politischen) Machtspielen

Jerg, Jo [Hrsg.]; Müller, Jens [Hrsg.]; Wahne, Tilmann [Hrsg.]: Resonanz erfahren – mit der Welt in Beziehung stehen. Vielfältige pädagogische Zugänge zu einer kindheitspädagogischen Praxis. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 227-244



Quellenangabe/ Reference:

Jerg, Jo: Resonanz für Inklusion in der Politik. Das Ziel steht im Weg bei (politischen) Machtspielen - In: Jerg, Jo [Hrsg.]; Müller, Jens [Hrsg.]; Wahne, Tilmann [Hrsg.]: Resonanz erfahren – mit der Welt in Beziehung stehen. Vielfältige pädagogische Zugänge zu einer kindheitspädagogischen Praxis. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 227-244 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-297931 - DOI: 10.25656/01:29793; 10.35468/6092-16

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-297931>

<https://doi.org/10.25656/01:29793>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Jo Jerg

Resonanz für Inklusion in der Politik – Das Ziel steht im Weg bei (politischen) Machtspielen

1 Einleitung

Inklusion braucht Menschen, die in Politik, Verwaltung und Praxis die Strukturen und Kulturen für eine menschenrechtsbasierte Bildung und Erziehung ermöglichen, damit kein Kind ausgegrenzt und zurückgelassen wird. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Inklusion im Bereich der frühkindlichen Bildung in Deutschland nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erreicht. Das zeigt sich gegenwärtig an dem Flickenteppich von Inklusion und Exklusion mit sehr unterschiedlich Realitäten in den Bundesländern. In Baden-Württemberg (Ba-Wü) steigt nach der Ratifizierung der UN-KRK und UN-BRK bspw. nicht nur die Inklusionsquote im Bereich der frühkindlichen Bildung, sondern auch die Exklusionsquote (vgl. Bildungsbericht, 2022).

Der folgende Artikel versucht, den Resonanzgedanken (im Rückbezug auf H. Rosa auf der Basis des Artikels Hinz/Jerg in diesem Band) in Verbindung mit inklusionsorientierten Perspektiven der kommunalen Politik v. a. in Ba-Wü zu bringen. Dabei bleibt offen, ob der Resonanzbegriff von Rosa mit den 4 Merkmalen – Berührung (Affizierung), Selbstwirksamkeit (Antwort), Anverwandlung (Transformation) und Unverfügbarkeit – in der Politik so hilfreich ist wie in anderen Teilsystemen der Gesellschaft. Denn: Resonanz kann man nicht erkämpfen, aber in der Politik geht es auf der Vorderbühne in der Regel um Kampf und Abgrenzung. Kampfabstimmungen leiden oft unter repulsiven Momenten, Stimmen werden u. a. „gekauft“ durch Positionsversprechungen. Kampfbeziehungen führen zu einer resonanzdämpfenden Schließung (Rosa, 2019a, S. 45) – auch wenn das In-Beziehung-treten durch radikale Dissonanz in Politik allgegenwärtig ist. Politische Debatten zeigen: Zuhören ist nicht selten ein Fremdwort, den Anderen verstehen zu wollen nicht selbstverständlich Basis des Gesprächs in den Politikdebatten. „Wer ... davon ausgeht, dass er oder sie die Welt und die ‘Anderen’ nicht erreichen kann, sondern sich gegen sie durchsetzen oder verteidigen muss, wird es schwer haben, in einen Resonanzmodus zu gelangen“ (Rosa, 2019b, S. 28). Resonanzsensible Auseinandersetzungen in der Politik finden eher in informellen

Rahmen auf der Hinterbühne (vgl. Goffman, 2003) statt, in Einzelbegegnungen auf den Gängen, in den Pausen, in Kantinen, etc.; eben in der Regel nicht auf publikumswirksamen Vorderbühnen wie z. B. im Plenarsaal, in öffentlichen Fernsehshows. Resonanz braucht den Dialog. Die unterschiedlichen Positionen in politischen Verhältnissen könnten eigentlich eine gute Basis hierfür bieten.

Inklusion braucht einen gesellschaftlichen Boden, auf dem sie ihre Wirkkraft entwickeln kann. Grundlegend zuständig ist hierfür die Politik, die mit ihren Gesetzen, mit dem Gesetzgebungsrecht ausgestattet, den Rahmen für Selbstbestimmung und Partizipation schaffen kann. Deshalb braucht es Resonanz im Sinne von Transformation für Inklusion in der Politik.

Die Auseinandersetzung mit der Resonanztheorie eröffnet den Möglichkeitsraum, mit einer anderen Perspektive auf die Inklusionsorientierung in der frühkindlichen Bildung zu schauen – hier insbesondere im Hinblick auf die Relevanz im politischen Raum. Nach über 20 Jahren Praxisforschung und Begleitungen von Kommunen, landes- und bundesweiten Projekten auf dem Weg zur Umsetzung von Inklusion im Bereich der frühkindlichen Bildung stellt sich die Frage ihrer Resonanz in der Politik.

Vor diesem Hintergrund wurde mit fünf Verantwortlichen¹ im Bereich kommunaler Strukturen, die in den letzten 10 bis 20 Jahren in inklusionsorientierten „Iquanet-Projekten“² der Evang. Hochschule Ludwigsburg in Ba-Wü involviert waren, den Fragen nachgegangen: Was sind Entwicklungsschritte im Bereich der frühkindlichen Bildung und Inklusion? Wie kann Politik für diese Ziele gewonnen werden und wo liegen die Barrieren auf dem Weg zu einer inklusionsorientierten Politik? Dabei wurden die vier Momente der Resonanz von Rosas Resonanzkonzept (Rosa, 2019a, S. 38ff.) zugrunde gelegt. Die Expert:innengespräche wurden aufgezeichnet und mithilfe einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse (vgl. Mayring, 2010) ausgewertet. Die Ergebnisse sind exemplarisch und in diesem Beitrag erstmal ein erster explorativer Schritt, dem Thema näher zu treten.

Nach der Schweizer Akademie der Naturwissenschaften gibt es drei überwiegend rationale Orientierungspunkte, die im politischen System relevant sind: „sachlogisch richtig, gesellschaftlich akzeptierbar und materiell/ finanziell machbar“ (Akademie der Naturwissenschaften Schweiz, 2015, S. 20). Aus systemischer Perspektive ist vor allem das Zusammenspiel zwischen Politik und Zivilgesellschaft, die Machtfrage (Regierung oder Opposition) relevant, die von der Wähler:innenschaft – der gesellschaftlichen Akzeptanz – abhängt und beim Thema inklusive Bildung ein schwieriges Unterfangen ist. Im vorliegenden Kontext tritt zugleich in den Fokus, dass das Recht mit einem Code von rechtmäßig/unrechtmäßig eine andere

1 Gesprächspartner:innen: Ein Dezernent eines Kommunalverbandes, eine Bürgermeisterin, ein Sozialdezernent eines Landkreises, ein Schulrat, ein Sozialamtsleiter. Gesprächszeitraum: 3. Quartal 2022.

2 siehe: www.iquanet.de

Entscheidungsgrundlage bietet als Politik, aber gleichzeitig Recht und Politik miteinander verwoben sind, da Politik die Gesetze erlässt und für die Umsetzung und das Rechtssystem für die Rechtmäßigkeit und Einhaltung zuständig ist (vgl. Luhmann, 1993).

Die Politik als gesetzgebende Institution bezieht sich im Inklusionsdiskurs immer wieder auf die Menschenrechte. Inzwischen bildet der Rückbezug auf die Menschenrechte eine wichtige Basis für Freiheitsrechte von Bürger:innen. Trotzdem sind bestimmte Gruppen von diesen Rechten weitgehend ausgeschlossen. Exemplarisch zeigt sich dies an der UN-BRK, die 2009 vom Bundestag und Bundesrat unterzeichnet wurde. Bis heute fehlt eine generelle Umsetzung in der Landesgesetzgebung, die die Inklusion im Bereich der frühkindlichen Bildung selbstverständlich rechtmäßig gewährleistet. In Ba-Wü z. B. existierten bis Dezember 2023 immer noch eingeschränkte Teilhabe-Regelungen (vgl. u. a. KiTaG BW §2, Abs. 2).

Für die folgende Auseinandersetzung mit der Resonanz von Politik auf Inklusion bilden die beiden nächsten Kapitel, in denen zentrale Entwicklungslinien im Bereich der frühkindlichen Bildung und Inklusion im Bildungsbereich skizziert werden, die Grundlage.

2 Zentrale Diskursaspekte zur Entwicklung des Bereichs der frühkindlichen Bildung

Zwei bundesweit relevante Entscheidungen im Bereich der frühkindlichen Bildung haben in den letzten 30 Jahren die Entwicklungen stark beeinflusst: Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt im Jahre 1996 und seit August 2013 die Erweiterung des Rechtsanspruchs bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Dieser Entwicklungsprozess wurde vor allem von der Wirtschaft politisch forciert (Mierendorff, 2018, u. a.) und hat – so die Einschätzung von Befragten – die Situation vor Ort verändert. *„Ja, da hat uns in der Tat der Krippengipfel 2007 und der Rechtsanspruch, den Frau von der Leyen durchgekämpft hat, der hat uns richtig geholfen, weil seither ist es klar: Rechtsanspruch muss man erfüllen. ... Da gab es keine Debatte. ... Wirtschaftlicher Druck ... das wird auch akzeptiert“* (V4/5). Auf der Landesebene in Ba-Wü gilt die Einführung des Orientierungsplans 2006 mit dem inklusiven Grundgedanken der Vielfalt der Kinder als ein weiterer Meilenstein. Die anschließende Implementierung mit landesweiten Fortbildungsprogrammen etc. hat die Qualität auf allen Ebenen angehoben. Mit dem ‚Forum Frühkindliche Bildung‘ als einem landeseigenen Institut in der Frühpädagogik wurde dem Schwerpunkt 2020 auch ein eigener Rahmen zugestanden. Im Kultusministerium in Ba-Wü gibt es erst seit 2022 ein eigenes Referat für frühkindliche Bildung – das spricht für sich selbst.

Die befragten Expert:innen sind sich einig, in den letzten Jahren ist in den Bereich der frühkindlichen Bildung nach jahrzehntelanger Vernachlässigung viel investiert worden. Aber der Bedarf in Ba-Wü ist in der Zukunft hoch: *„Das Personal wurde verdoppelt in den letzten 11 Jahren“* ... *„Wir brauchen aber 40.000 neue Köpfe, Herzen, Hände in den nächsten acht Jahren“* (Z9).

In den Gesprächen werden neben den oben skizzierten Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene auf sehr unterschiedlichen Feldern die wachsende Relevanz des Bereichs bestärkt:

- In allen Gesprächen steht der Fachkräftemangel als ein bestimmender Entwicklungsfaktor im Raum. *„Klar, Fachkräftemangel überlagert immer alles – ständig“* (Y4).
- Trotz knappen finanziellen Mitteln in den kommunalen Kassen ist die Versorgung der Kindertagesbetreuung in den Kommunen aber gesetzt. *„In Zeiten von schwierigsten Haushaltssituationen war das Thema Kindertagesbetreuung, zusätzliche Plätze, Personalgewinnung schon mal ausgenommen gewesen“* (X5).
- Die Corona-Krise hat die Relevanz der frühkindlichen Betreuung und Bildung sichtbar gemacht. Die Vernachlässigung der Kinder im Anfangsstadium der Corona-Zeit und die gesellschaftlichen Diskurse in der Folge wurden im Rückblick als ein Weckruf in der Politik erlebt. *„Corona hat uns richtig geholfen. Es klingt jetzt komisch, aber die ganze Folge durch die Schließung der Kindergärten, Spielplätze, ... sind die in der Landespolitik, aber auch in der Kommunalpolitik, sind die aufgewacht und jeder sagt: ‘Das wird es nie wieder geben. Wir werden keinen Kindergarten mehr schließen‘“* (V4).

Ein weiteres Moment im Veränderungsmodus im Bereich der frühkindlichen Bildung zeigt die Gleichzeitigkeit von Wandel und Kontinuität in der Geschlechterhierarchie. *„Frauen, die das möchten, können auch wirklich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser miteinander verbinden „Also es hört sich ein bisschen ausbeuterisch an, aber ja, ich glaube, es hat sich nichts verändert zur wilhelminischen Zeit. Wenn der Arbeitsmarkt zu wenig Arbeitskräfte hat, sind Frauen sehr beliebt“* (W2/3). Der Bedeutungszuwachs für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben ist stark geprägt durch wirtschaftliche Interessen. Im Krisenmodus wie in der Corona-Krise zeigte sich, dass vor allem Frauen die Care-Arbeit leisteten und die vorherrschende Geschlechterhierarchie in der Berufswelt deutlich sichtbar zunahm (vgl. Kohlrausch & Zucco, 2020).

3 Entwicklungslinien im Bereich Inklusion

Die Befragten fassen Inklusion im weiten Sinne als eine grenzenlose Vielfalts-gesellschaft: *„Es sollte in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein, dass jeder so genommen wird wie er ist...“* (W1), *„Teilhabe am Normalsystem“* (X1), *„Bildungs-*

gerechtigkeit“ (V3). Darüber hinaus bildet der wert- und normenorientierte Rahmen eine Basis: „Für mich bedeutet Inklusion, dass wir Rahmenbedingungen haben, wo alle Menschen ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Teilhabe realisieren können. ... Dieser Vielfaltsansatz ganz breit scheint mir auch ein Schlüssel zu sein, um überhaupt weiterzukommen“ (Z1). Mit dem Blick auf die Praxis ist Inklusion unterschiedlich zu sehen: „möglich, schön, schwierig ... und lohnenswert - eine moderne Betrachtung von Gesellschaft“ (Y2).

Gleichzeitig ist für die Befragten im gesellschaftlichen, fachlichen und verwaltungspolitischen Raum der breite Begriff noch keine Selbstverständlichkeit. *„Ich nehme gleichzeitig wahr, dass für viele Menschen Inklusion immer noch eng verbunden ist mit Menschen mit Behinderung ... und eigentlich eher Integration gemeint ist. ... Es ist mitnichten etwas, was schon selbstverständlich wäre“ (Z1).*

Die rechtlichen Strukturen im Bereich der Inklusion in der frühkindlichen Bildung sind komplex. Zentrale Grundlagen bilden:

- das Grundgesetz, insbesondere durch die Ergänzungen im Artikel 3 (3) 1994;
- seit 2009 die UN-BRK. Hier wird der Bereich der frühkindlichen Bildung unausgesprochen unter dem Schulsystem subsumiert. (Der Bereich der Inklusion in der Frühkindlichen Bildung wird zudem oft dem Familien- und nicht dem Bildungssektor zugewiesen).
- das SGB VIII bzw. das neue KJSG;
- die Kita-Gesetze auf der Ebene der Bundesländer.

Die einzelnen Bundesländer haben sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen. Darüber hinaus ist schon innerhalb von Ba-Wü nicht zu übersehen, dass unter vergleichbaren gesetzlichen Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Landkreisen, Städten und Gemeinden sehr verschiedene Regelungen für inklusive Entwicklungen in Kindertageseinrichtungen geschaffen wurden. Die Spanne reicht bei Aufnahmeanfragen von Kindern mit Behinderungen von Nichtaufnahme und Verweisen auf Sondereinrichtungen bis hin zur eher selbstverständlichen Aufnahme aufgrund von zusätzlichen Heilpädagog:innen o.ä. im Kita-Team. Dies weist daraufhin, dass die Haltung von politisch und fachlich Verantwortlichen auf allen Ebenen eine Relevanz einnimmt (vgl. Rohrmann, 2016, S. 157) und die Subjekt-Weltbeziehungen und ihre daraus ergebenden Antwortbeziehungen im politischen Entscheidungsraum auf den Transformationsprozess in den unterschiedlichen Regionen einen Einfluss haben. Inklusion ist kein rechtlicher Selbstläufer, sondern *„die persönliche Haltung ist schon ein wichtiges Thema“ (W4).*

Ein erster landesweiter Schritt für eine inklusive Ausrichtung von Kindertageseinrichtungen in Ba-Wü wurde 2001 mit den Verwaltungsrichtlinien zur pädagogischen und pflegerischen Begleitung von Kindern des damaligen Landeswohlfahrtsverbandes betreten. Mit der Verwaltungsreform 2005 bekamen diese wieder einen Unverbindlichkeitscharakter. Die Öffnung 2001 setzte einen Entwicklungsprozess

in Gang, der von Berührungsängsten in der Praxis hin zu einem Zugeständnis eines Rechtsanspruchs für alle Kinder beschrieben werden kann. „2001 ... ich erinnere mich noch gut. Damals als Sozialamtsleiter habe ich an ganz vielen runden Tischen, die sich damals so etablierten, auch persönlich teilgenommen. Es war ... immer wieder bezeichnend, welche Berührungsängste es damals noch gab ... Also ich glaube, es ist inzwischen tatsächlich angekommen, dass der Rechtsanspruch für alle gilt, auch für Kinder mit Behinderungen“ (X1).

Eine kontinuierliche Barriere bilden dabei seit je die gemeinsame Zuständigkeit von Stadt und Landkreis bei den Unterstützungsleistungen für Kinder mit Beeinträchtigungen und den damit verbundenen Etikettierungsdiagnosen und Exklusionsrisiken. „Im frühkindlichen Bildungsbereich, haben wir ein Zuständigkeitsproblem.“ ... „Es ist auf jeden Fall wesentlich besser als früher. Sie können Assistenz auch bündeln, aber die Diagnosephase ist die gleiche“ (W4). Das KitaG in Baden-Württemberg hatte bis Dezember 2023 immer noch die Besonderheit, dass die gemeinsame Erziehung noch nicht für alle Kinder gilt. „Also das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Es gibt im Landes-KitaG immer noch der Vorbehalt, sofern der Hilfebedarf dies zulässt“ (X4)³.

Prioritätensetzung in Krisenzeiten: Rechtsanspruch versus Inklusion

Die derzeitigen Engpässe bei den Betreuungsplätzen haben Folgen. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz hat Vorrang vor Inklusion. „Aber die Inklusion wird tatsächlich massiv in Frage gestellt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und Platzmangels. Also die Debatte, die ja politisch geführt wird, ‚wir nehmen nur zwei Kinder oder mehr pro Gruppe auf, ist doch kein Problem‘, die ist natürlich tödlich für den Bereich der Inklusion“ (V6). Die Folge u. a. ist, dass Eltern wieder stärker den Schulkindergarten anvisieren. „Die Eltern treibt es dann auch wieder zurück. Dann geht man halt doch wieder lieber in den Schulkindergarten, der ist beschützter, hat anderes Personal, kleinere Gruppen ...“ (V6).

Interessanterweise muss dann der Rechtsanspruch auf Inklusion und der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder mit besonderen Bedürfnissen zurückstehen. Krisen – so formulieren es alle Befragten – treffen v. a. Kinder mit Behinderungen, Kinder in benachteiligten Lebenssituationen: „Wenn tatsächlich alles schwieriger wird, dann fehlt natürlich auch die Zeit, sich um diejenigen adäquat zu kümmern, die tatsächlich mehr Zeit brauchen“ (X3).

Insgesamt ergibt sich aus der Entwicklung des Bereichs der frühkindlichen Bildung unter Berücksichtigung einer inklusiven Perspektive eine ernüchternde Bilanz: „Und man muss ehrlicherweise sagen, eben schon dieses Mindestmaß ist heute vielerorts nicht mehr erreicht. Der Kollege vom Deutschen Städtetag hat ... gesagt: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir konstatieren, dass der Rechtsanspruch für alle

3 Das Interview wurde vor der Gesetzesänderung in 2022 geführt.

Kinder noch nie erfüllt worden ist“ (Z8). Hier wird sichtbar, dass ein Verlust an Rechtssicherheit mit dieser Entwicklung einhergeht.

4 Zum Resonanzverhältnis in der Politik – Grundlegende Gedanken

Strategisch-langfristige Fragen stehen in der Politik nicht im Zentrum. Das wird in mehreren Gesprächen thematisiert. Ein Beispiel: *„Also ich glaube, das ist so ein Grundproblem, dass Politik sich lieber mit einzelnen Dingen beschäftigt, wo es auch klare Rückmeldung gibt ... Aber so strukturelle Fragestellungen, strategische Fragestellungen, das schiebt man ganz nach hinten, weil da habe ich ja nix kurzfristig, habe keine Wählerstimme, da kommt ja nix. Das ist bei der Kommunalpolitik ja nicht anders. Also wenn Sie ... das Thema Inklusion aufschlagen, egal wie breit sie es fassen, da hören alle interessiert zu und das war's dann. Aber wenn Sie jetzt mit einem Beispiel kommen, ein Rollifahrer bleibt in der Tür stecken, dann gibt es da sofort Anfragen im Gemeinderat und dann muss man das sofort erledigen“ (V1).*

Politik agiert im Jetzt *„da ist ja nie wirklich Zeit vor lauter Tagesgeschäft, operativen Einzelfälle“ (V2).* Individuelle Anfragen werden bzw. müssen direkt bearbeitet werden, während für grundsätzliche Fragen die Zeit fehlt. Hierdurch wird deutlich, dass im politischen Alltag der Verwaltung Resonanz auf inklusive Entwicklungen sehr eng gekoppelt ist an der kurzfristigen Realisierbarkeit von überschaubaren Vorhaben, die eben auch Selbstwirksamkeitserwartungen im verdichteten und beschleunigten Alltag versprechen. Es stellt sich dabei die Frage: Ist dies schon Ausdruck der Schattenseite einer permanenten Resonanzsuche? (siehe Kapitel 7). Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass das berechtigte Individualrecht auf Teilhabe unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe und Assistenzformen diese Partikularhandlungen der Politik noch stärkt. So gibt es nur ‚Einzelfälle‘. Die gestaltete Umwelt bzw. strukturelle Fragen kommen so nicht auf den Tisch. Gleichwohl können Umwelt und Strukturen nicht bewegt werden ohne die Menschen. *„Wir wollen doch eigentlich, wenn wir was bewegen wollen, auch was strukturell bewegen und nicht nur der Einzelne. Aber auf der anderen Seite entspricht es wohl meiner Realität, dass ich so feststelle, es ist häufig so, dass der Einzelne berührt sein muss und dann geht was“ (Y1).* Die Diskrepanz zwischen dem Verharren gegenüber einer strukturellen Öffnung und der Notwendigkeit eines Resonanzdrahtes zu den jeweiligen Entscheidungsträgern weist darauf hin, dass eine kollektive Anverwandlung der sozialen Welt nicht erfolgt (vgl. Rosa, 2017, S. 378).

Individualrechte und die darauffolgende Praxis zeigen zudem, dass eine wirksame Teilhabe für Kinder mit Beeinträchtigungen z. B. davon abhängt, ob Eltern die Rechte für ihre Kindern einfordern. Dies setzt aber Wissen und Kompetenzen voraus. *„Das heißt, ich kann gar nichts an den Rahmenbedingungen ändern, sondern kann nur die Eltern ermutigen, dass sie rechtlich dagegen vorgehen“ (W6).*

In der Konsequenz bräuchte es eine Anlaufstelle für Eltern, die bei den ersten Hürden rechtliche Schritte gegenüber den Ämtern ankündigt. Klageandrohungen verhelfen in der Regel bei Organisationen und Behörden zu einer Resonanz, weil das Recht abgewägt wird und die Öffentlichkeit ins Spiel kommen kann.

Das Grundproblem im derzeitigen landespolitischen Diskurs lässt sich zugespitzt anhand der beiden Entwicklungen treffend zusammenfassen: *„Wir brauchen eine funktionierende frühkindliche Bildung, die schulreife Kinder abliefern. Und wenn ich lese und höre, wie auch die Ergebnisse der IQB Studie aktuell interpretiert werden, dann ist der zweite Satz: Da muss in der frühkindlichen Bildung mehr passieren. Das ist der eine Argumentationsstrang, den ich schwierig finde. Der zweite: Kinderbetreuung, Kinderbetreuung, nicht frühkindliche Bildung, Kinderbetreuung brauchen wir ganz dringend und möglichst viel, um die Arbeitsfähigkeit der Eltern sicherzustellen. Beides, finde ich, sind absolut legitime Interessen, auch gesellschaftliche Bedürfnisse oder Bedarfe, die man so sehen kann. Die Frage ist nur: Können das sinnvollerweise die einzigen Argumentationsstränge sein, die uns da weiterbringen oder haben wir nicht noch einen anderen? Beispielsweise unser SGB VIII, wo ein Bildungsverständnis dessen, was in der Kindertagesbetreuung passiert, noch einmal anders gerahmt wird und anders verargumentiert und anders angelegt wird. Das letzteres taucht aber in den meisten Fällen im politischen Diskurs nicht wirklich auf oder kippt da als erstes hinten runter. Das finde ich problematisch“ (Z4).*

Es stellt sich hier die Frage, welche Funktion bei einer längerfristigen Inklusionsentwicklung das Rechtssystem, auch als Wächter der Menschenrechte, einnimmt. Bei Resonanzverweigerung in Verwaltung und Politik ist u. a. für Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen das Bandenspiel über juristische Wege eine Möglichkeit, bei dem die Emotionen normalerweise in den Hintergrund treten und nicht die Resonanz zwischen den Anwesenden, sondern Gesetze als verfügbarer Rahmen die Prozesse steuern. Gleichwohl können Resonanzverfahren zwischen den Beteiligten bei der Auslegung von Gesetzen einen Einfluss haben.

Vom Rande: Resonanzverlust der Politik – Das Versprechen: Anspruch und Wirklichkeit von Politik

Politik nimmt den inklusiven Gedanken auf und formuliert u. a. den Rechtsanspruch für jedes Kind. Die Folgen werden aber nicht durchbuchstabiert und auf die jeweils anderen Ebenen übertragen.

„Als Anspruch würden alle vermutlich sehr weitgehende Dinge unterschreiben. Nachher, gleichzeitig ... höre ich, dass dieser Anspruch maximal nicht eingelöst werden kann. Und das führt zu enorm großer Frustration auch wieder über alle Ebenen hinweg“ (Z7).

Da liegt ein Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit. – Der Bezug zur Wirklichkeit geht verloren. Für das Feld der Inklusion – noch weniger Chancen. Wir leben in einer sehr unglaublichen Wirklichkeit. Bezugnehmend auf einen Artikel von Nikolaus Blome (2022), *Was wäre, wenn der Staat mal wieder*

funktioniert wird die absehbare Nichtumsetzung von Regierungsbeschlüssen und die damit verbundenen Versprechen thematisiert. „Was nützt den Grundschulern ab 2026 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung? wenn sonnenglasklar ist: Es kann nicht umgesetzt werden. Wir werden die Leute nicht haben. Wir kriegen es jetzt schon bei den 3-jährigen nicht gebacken. ... Der Anspruch wird nicht erfüllt werden können“ (X3). „... Und so ganz falsch finde ich es nicht zu sagen: Hey, langsam, wir können euch viel versprechen, wir können es aber nicht umsetzen. Wollen wir euch nicht mal ein bisschen weniger versprechen?“ (Y21)

Die bisherigen Versprechungen hinsichtlich der Betreuungsanspruch sind mit Sicherheit nicht zu halten. Hier scheinen die subjektiven Erfahrungen von Eltern von Kindern (mit Beeinträchtigungen) und Auszuführenden in der Verwaltung u. a. als Resonanzverlust und Prozess der Entfremdung von politischer Glaubwürdigkeit an Rosa's Konzept anschlussfähig (vgl. Rosa, 2017, S. 377f.) Die divergierenden Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in versäulten Strukturen tragen zudem zu dieser Unsicherheit bei (siehe Kapitel 6).

5 Gelingensbedingungen für Resonanz in der Politik für Inklusion

Zentrale Gelingensfaktoren sehen die Interviewpartner:innen in der eigenen Betroffenheit von Politiker:innen, in der Selbstreflexion und in der Haltung, mit einem langen Atem in Gespräche zu gehen. Diese Faktoren korrespondieren mit den Merkmalen der Resonanztheorie von Rosa (Rosa, 2019a, S.38ff).

Eigene Betroffenheit

Am Beispiel „Behinderung“ wird in allen Gesprächen hervorgehoben, dass eigene Erfahrungen mit diesem Personenkreis die Chance eines resonanten Verhältnisses erhöhen. „...man muss eigentlich irgendwann mal auch positiv berührt worden sein von dieser Grundthematik Behinderung, weil sie eigentlich ja nicht nur positiv besetzt ist“ (Y13). „Ich erlebe es im Einzelfall, dass einzelne Politiker ... ein anderes Interesse oder viel größeres Interesse und auch Engagement an dem Thema haben, wenn sie selber Kinder mit Behinderung haben“ (X7). Der Aspekt der persönlichen Begegnung macht deutlich, dass bei dem Thema Inklusion die Resonanz eine sehr hohe Relevanz einnimmt (vgl. Jerg 2021). Schon der erste Aspekt der Affizierung wird grundlegend immer wieder bedeutend beschrieben in den Gesprächen. Die Überschneidungen (vgl. auch Hinz/Jerg in diesem Band) lassen darauf schließen, dass für inklusionsorientierte Entwicklungsprozesse die Resonanzfrage im politischen und gesellschaftlichen Raum punktuell hilfreich sein kann. „Meine Hoffnung wäre, dass wir eben über positive Geschichten aus der frühkindlichen Bildung heraus von Menschen mit Behinderungen, die das als was Wertvolles erlebt haben, ... dann auch die Resonanz erzielen, die wir brauchen, um da gesamtgesellschaftlich

mit diesen Fragen umgehen zu können“ (Z18). Diese Begegnungserfahrungen und damit die hohe Bedeutung des Berührtseins und Berührtwerdens vom anderen in den Weltbeziehungen und die damit verbundene Änderung oder Erweiterung der Perspektive lassen sich auf andere merkmalsbezogenen Fremdheiten übertragen (vgl. Taylor, 1993, S. 68).

Die Bedeutung der *Selbstreflexion* – eine Form des Innehaltens (vgl. Scharmer, 2009) und in Verbindung zu bringen mit Rosas Begriff der Resonanzfähigkeit (vgl. Rosa, 2017, S. 57f.) – ist ein zentraler Schlüssel bei Ein- bzw. Ausgrenzungsprozessen in der Inklusionsorientierung: „*Ich finde es total schwierig, diese Grenzen einzureißen, wenn man nicht in die Selbstreflexion geht. Also ich glaube, dass die Reflektion das wichtigste Instrument da drin ist*“ (W7). Die Selbstreflexion bietet die Chance, die doch weit verbreiteten binären Denkmustern von „normal“ und „behindert“, „mit und ohne“ Migrationsgeschichte etc. zu überwinden.

Politik einladen, mit der Politik ins Gespräch gehen und Politik mitnehmen

Einladungen der Politik in die Praxis sollten auf allen Ebenen stattfinden, um sie an Fragestellungen in der Praxis teilhaben zu lassen. In vertrauten Rahmen der Verwaltung wie auch im konkreten inklusiven Kita-Alltag, um Begegnungen und Miterleben aber auch miteinander teilen zu erfahren, Alltagsprobleme anzusprechen. „... *weshalb ich meinen Mitgliedern auch immer sage: Redet mit euren Abgeordneten darüber, ... ladet die ein und redet ohne Presse, geht ins Hinterzimmer, macht die Tür zu und redet Tacheles, redet darüber, sagt, wo's hängt*“ (Z13). Die Herausforderung an die Fachkräfte liegt darin, Lobbyarbeit zu organisieren bei all den alltäglichen Anforderungen und die Begegnungen nutzen, um die notwendigen Veränderungen anzusprechen. Im Hinblick auf den Kontext der Resonanz wird das „Hinterzimmer“, also die Sphäre der Hinterbühne als Chance für eine echte, offene Begegnung, als Raum des Berührtwerdens und in Verbindung sein thematisiert; der öffentlichen Sphäre wird dies abgesprochen (siehe Kapitel 1). „*Also wir müssten sie konfrontieren mit Menschen. ... aber man muss darauf achten, dass kein Widerstand ausgelöst wird, weil das finde ich das Schwierige von Konfrontation. Ich wäre eher dabei zu sagen, wir müssen sie einladen, mitzuerleben. Das ist, glaube ich, eher der Schlüssel*“ (W9).

In mehreren Gesprächen wird darauf hingewiesen, dass ein Erfolg in der Politik nur dann eine große Chance hat, wenn neben dem Berührt sein auch *Lösungsansätze* angeboten werden:

„*Wenn sie merken, es hat was mit ihnen zu tun. ... Und gleichzeitig, wenn man Ansätze für Lösungen aufzeigen kann. ... Wenn ich aufzeige, wie es gehen könnte und den Abgeordneten sage: schaut mal her, wir haben da ein Problem. Aber wenn man es so und so machen würde, könnte es eine Lösung geben und ihr könntet die sein, die dieses Problem lösen können. Dann merke ich, dann ist da, dann passiert da was*“ (Z10). Das Einbringen von Lösungsansätzen kann im Resonanzprozess das Moment des Entgegenkommens stärken.

Eine damit zusammenhängende erfolgreiche Strategie, die in den Gesprächen auftaucht, ist der *lange Atem*. „Wenn sie ein bisschen weiter hinaus gehen, brauchen sie einen ganz langen Atem“ (V3). Die Implementierung von Familienzentren in allen Stadtteilen einer Stadt, die dauerhafte Finanzierung einer Inklusionskonferenz im Landkreis, die Umsetzung eines umfassendes Sprachförderkonzepts in allen Kitas einer Kommune, so die Befragten, benötigen einen Vertrauensaufbau zu den Politiker:innen, die Vorlage kompetenter Konzepte, eine ständige Thematisierung und die kontinuierliche Einbindung der Vertreter:innen (Gemeinderäte ö.ä.), um so im Rahmen von Rosa's Resonanzmomente auf die Stufe der Transformation in Resonanzbeziehungen zu gelangen.

„Geht aber bloß, wenn zwischen der Politik und der Verwaltung auch eine Vertrauensbasis ist ... wenn ein Ausschuss da ist und sagt ja, ihr macht es schon recht und dann können wir wiederum auch agieren. Das ist toll ..., weil es an der Verbindlichkeit liegt. ... Sie müssen da Kompetenzen nachweisen, Das heißt, dass die Ämter das auch richtig machen und vernünftig machen und im Interesse von den Bürgern machen ... und sie müssen der Politik Ideen, Strategie vorlegen, wo die sagen ja, so wollen wir das und dann entscheiden“ ... „Zum Schluss müssen alle der Überzeugung sein, das wollte ich eigentlich schon immer“ (V10/18).

Am Ende führt dieser Prozess der Einbeziehung, der Ausdauer, des Willens, des Dranbleibens dazu, dass das Anliegen bei den Politiker:innen zu ihrem eigenen wird und damit Selbstwirksamkeitserfahrungen für beide Seiten ermöglicht. Das Agreement zwischen den beiden Ebenen Politik und Verwaltung ist relevant: „Sie brauchen eine Ebene, die ernsthaft Prozesse über längere Zeit bearbeitet sonst funktioniert es nicht. ... Ein gutes Zusammenspiel zwischen gewählten Volksvertretern, die ihre Ideen auch haben und einbringen müssen und Verwaltung, die die Dinge über längere Zeit dann bewegen kann?“ (V16) Die Differenzen zuzulassen, aufeinander hören und antworten, miteinander bewegen und zu einer gemeinsamen neuen Strategie zu kommen zeigt einen Weg für Resonanz Erfahrung im politischen Raum im Sinne Rosa's Resonanzkonzept.

Politik nerven! Eine Erfolgsstrategien aus dem Feld der Wirtschaft heißt und spitzt die bisherige Strategie zu: immer dranbleiben: „Was macht denn die Wirtschaft anders als der Sozialbereich? Er [ehem. Abteilungsleiter im BMAS, Anm. d.V.] sagt: Die nerven so lange, die waren so lang bei uns, bis man irgendwann gesagt hat: Jetzt gebet ihnen halt etwas, dass sie ruhig sind. – Und das machen wir nicht bisher“ (Z18). Hier zeigt sich nochmals, Resonanz zu erzeugen in der Politik für strukturelle Angelegenheiten braucht Zeit und Willensstärke.

Gesetze erzeugen Resonanz (im politischen Feld)

Die Ratifizierung der UN-BRK hatte in Ba-Wü zur Folge, dass sich die Diskussionen zunächst auf den Bereich der schulischen Inklusion fokussierten. Die nicht mit der UN-BRK konformen gesetzlichen Grundlagen des Schulgesetzes mussten

angepasst werden. Ein Veränderungsbedarf im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde von Seiten des zuständigen Ministeriums nicht gesehen, weil die Sonderkindergärten eine freiwillige Leistung des Landes darstellen. Gesetze sind aber handlungsleitend. „Das ist ein Gesetz, das ist ja eine gemeinsame Basis“ (Y15). „Ich glaube, so ein Rechtsanspruch hilft natürlich auch, eine gesellschaftliche Debatte abzukürzen. Also muss man sich nicht mehr rechtfertigen“ (V11). Gesetze geben Handlungsspielraum um Organisationen und Institutionen auf Veränderungsbedarfe hinzuweisen. Sie bieten Legitimation und somit eine Voraussetzung für eine fachliche Intervention. Zudem sind sie manchmal die einzige Möglichkeit für Eltern, ihre Rechte für ihre Kinder einzufordern. Gesetze können auch Resonanz erzeugen. „Ein Steuerungsinstrument wie eine Konvention, wie ein Gesetz, wie eine Verordnung erzeugt meiner Ansicht nach sehr wohl Resonanz. Da passiert etwas dadurch“ (Y7). Gesetze wie auch Gerichte sind Machtinstrumente in demokratischen Staaten, die einerseits für Akteur:innen als Resonanzverstärker erfahren werden können und die andererseits der Resonanzverweigerung von Organisationen und politischen Gremien Entscheidungen aber nicht Haltungsänderungen aufzwingen können.

6 Barrieren

Die Themen in den Gesprächen zeichnen eine neue Ära im politischen Raum. Politik steht unter dem Druck unterschiedliche Krisen und Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen, u. a. Fachkräftemangel, Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz, Klima, Corona-Folgen, Putins Krieg in der Ukraine. „Wir haben gerade das Problem der Gleichzeitigkeit. ... Ich finde es ganz dramatisch, was ja auch immer wieder passiert, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird“ (W3/9). Der Entscheidungsdruck und der fehlende Gestaltungsraum in unterschiedlichen Handlungsfeldern wird als Barriere wahrgenommen.

Zuständigkeitsdilemmata Bund – Land – Kommune

Grundlegende Barrieren werden wie schon angedeutet auf Zuständigkeitsdilemmata zwischen den Ebenen Bund-Land-Kommune zurückgeführt. Inklusion findet vor Ort statt, weil dort die Menschen leben und sich je nach Gestaltung des alltäglichen Lebens mit ihren Bildungs- und kulturellen Angeboten und sozialen Diensten in den sozialen Räumen begegnen. Die Folge: Viele Entscheidungen über die Bildungswege werden nicht vor Ort getroffen, sondern auf Bundes-, Länder- oder Kreisebene.

„Eigentlich sind die Impulse der letzten Jahre, Jahrzehnte vom Bund gekommen und nicht vom Land. Rechtsanspruch – Bund. Gute Kita Gesetz – Bund. Bundessprachprojekt – Bund. Das sind eigentlich lauter Sachen, die der Bund gar nicht machen darf. Also es entspricht überhaupt nicht unserer föderalen Struktur. Und das Land ist sogar als Akteur verschwunden. ... Da hat sich was verschoben“ (V11).

„In der Landespolitik und auch innerhalb der Landesverwaltung, da ist mein Eindruck, dass die frühkindliche Bildung nicht den Stellenwert erfährt heute, den sie haben müsste, um mit den Problemen angemessen umgehen und Lösungen entwickeln zu können“ (Z3).

Die fehlende Resonanz auf der Landesebene wird zum einem auf die geringe Relevanz der frühen Bildung und zum anderen auf die fehlende Wahrnehmung der kommunalen Rückmeldungen, die aber die Angebote vor Ort gestaltet und verantwortet, bezogen. *„Das Land muss die Debatte nicht führen, weil wir sind für den Rechtsanspruch zuständig. ... Das Einzige, was das Land machen muss, diese Rechtsverordnung, die Rahmenbedingungen festlegen und da könnte sie vielleicht mal schauen, wie sieht es denn vor Ort aus. ... Da fehlt es wirklich am Zuhören und unsere Resonanz wird nicht wahrgenommen“ (V12).*

Schubladendenken – Verhinderungspolitik statt Ermöglichungsräume

Immer wieder werden grundlegende strukturelle Barrieren angesprochen. Zu den notwendigen Entwicklungsschritten kommt es nicht im politischen Raum, weil sich die Verwaltungsebenen gegenseitig eher blockieren und ihre eigenen Säulen aufrechterhalten wollen statt zusammen an die Politik herantreten. Der Kampf um den Erhalt von Ressourcen in den jeweiligen Bereichen, Ämtern, Ministerien erschwert einen Veränderungsprozess. *„Im Prinzip geht es um Erbhöfe. Es geht natürlich um Besitzstände, das hat jetzt inhaltlich gar nichts zu tun“ (V13).*

Diese Verschiebebahnhofs politik durch die Zuständigkeitsdilemmata bedarf einer systemischen Analyse und lässt sich plausibel mit dem Selbsterhaltungstrieb von Systemen begründen (vgl. Luhmann, 1993) und kann im Resonanzkontext auf der konkreten Begegnungsebene als eine Resonanzverweigerung, Resonanzblockade oder Resonanzunterdrückung verstanden werden.

Vor diesem Hintergrund sind Strukturänderungen ein Problem aber zentral bedeutsam. *„Das Entscheidende sind am Ende die Strukturen und Rahmenbedingungen. Strukturen werden bei uns in aller Regel über demokratische Prozesse gesetzt und deshalb muss ich bei denen, die in diesen Prozessen Verantwortung tragen – gewählte Mandatsträger oder in der Verwaltung für die Ausführung Verantwortliche – auch Resonanz auslösen für dieses Anliegen“ (Z13).*

Ungleiche Ressourcenverteilung in Regel- und Sonderwelten

Die konsequente Umsetzung der UN-BRK hätte zur Folge, dass separate Einrichtungen wie Schulkindergärten in Baden-Württemberg mit merkmalsbezogenen Zugangsbedingungen „Behinderung“ aufgelöst werden müssten. Dagegen spricht in der Praxis die Ungleichbehandlung und die damit unterschiedlichen Rahmenbedingungen (u. a. personelle und materielle Ausstattung) zwischen Sondereinrichtungen und inklusiven Regeleinrichtungen. *„Also das ist das einzige Argument aus meiner Sicht für die Beibehaltung des Sondersystems, dass die Förderung im*

Regelsystem einfach vielleicht auch auf die nächste Zukunft nicht vergleichbar gut sein wird“ (Z13). Potenziert wird diese Ungleichheit dadurch, dass die überwiegenden Kosten der Schulkindergärten über Landesmittel finanziert werden, so dass Kommunen, in denen sie existieren, Kosten für die frühkindliche Bildung einsparen und deshalb in der Politik und Verwaltung der Kosteneinsparfaktor inhaltliche Argumente schlagen.

Bildungspolitik kein Stimmengewinn

Mit Bildungspolitik scheinen nicht nur in Baden-Württemberg keine Wähler:innen zu gewinnen sein. Kein Koalitionspartner wollte in den letzten beiden Koalitionsverhandlungen das Kultusministerium übernehmen. *„Furcht vor Veränderungen am Bildungssystem. ... Ganz viele Eltern würden das nicht wollen“ (X11). Die Folge: Es gibt keine grundlegende Strategie zur Überwindung der Segregationsprozesse und Parallelwelten in der Politik.*

„Politisch habe ich so das Gefühl, der Reformstau ist so groß im Baden-Württemberg ... Und dann habe ich so manchmal schon auch das Gefühl, jetzt gerade ist es wirklich zu komplex für die gesamte institutionelle Welt, das noch weiter aufzumachen“ (Y6).

Die Politik erscheint hier als verstummte Resonanzachse (Rosa, 2017, S.74). Die Erfahrungen der (Eltern-)Selbsthilfe zeigt, dass der Kampf für inklusive Settings ein ständiger Begleiter in allen Lebensphasen bleibt. Vermisst wird ein gesellschaftlicher und politischer Diskurs. Politik verliert dadurch an Glaubwürdigkeit (vgl. Matuschek & Lange, 2016).

Die unterschiedlichen Barrieren auf dem Weg der Inklusionsorientierung stellen die Frage, ob diese fehlende Resonanz mit der Dominanz einer Zweck-Mittel-Rationalität als Strukturkern der Moderne zu tun hat wie Reckwitz bezugnehmend auf Max Weber hinweist (vgl. Reckwitz, 2017, S. 192).

7 Wie weiter? – ‚Mit der Schule beginnt nicht der Ernst des Lebens‘

Das Angebot an Betreuung im Bereich der frühkindlichen Bildung hat heute einen hohen Stellenwert im kommunalen Raum. Es ist eine notwendige Infrastruktur, damit junge Eltern dableiben oder überhaupt an den Ort ziehen, um eine Arbeit aufzunehmen zu können: Ein Standortfaktor für Wirtschaft und Familien. Inklusion scheint hierbei – und in Krisenzeiten insbesondere – nicht von hoher Relevanz zu sein, im Sinne keine „Stimme“ zu erhalten und mit der Erfahrung des Weltverstummens (vgl. Rosa, 2017, S.191ff.) verbunden zu sein. Im Einzelfall ist vieles möglich – d. h. es hängt von den Einzelnen (hier sind es die Eltern) ab, wie es ihnen gelingt, ihre inklusiven Interessen und Rechtsansprüche durchzusetzen. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass es vorwiegend Eltern mit ökonomischem und kulturellem Kapital sind, die für ihre Kinder in segregierten

Bildungswelten eine integrative Bildung im Regelsystem erreichen konnten. In diesen Fällen kann Resonanz beim Gegenüber in Ministerien und in der Verwaltung erzeugt und eine individuelle inklusionsorientierte Bildung und Betreuung entwickelt werden. Das ist für Politik und Verwaltung ein gangbarer Weg. So die nüchterne Bilanz. Auf dieser individuellen Ebenen können sich unter dem Aspekt der sozialen Ungleichheit die etablierten Eltern selbstwirksam erleben und getragen fühlen, während Eltern in weniger privilegierten Lebenssituationen sich dem System ausgesetzt fühlen und mit Schließungstendenzen konfrontiert sind. Aus den Gesprächen könnten folgende Wege die Inklusionsorientierung in die Politik und damit die 3. Stufe der Anverwandlung bei Rosa trotz der gegenwärtigen Unsicherheiten und Ungewissheiten, die mit der Unverfügbarkeit korrespondieren, stärken:

Die Ansprüche an die Politik – im Sinne „*die Kommune soll oder muss mal*“ – müssen reflektiert und die Zivilgesellschaft mit Bezug zum Paragraph 1 der Gemeindeordnung (Ba-Wü) in die politischen Debatten mitgenommen werden, damit die Rolle der Bürger:in für eine gemeinsame Verantwortung zum Tragen kommt (vgl. Jerg, 2014): „*Ich wünsche mir darüber einen breiteren gesellschaftlichen Dialog. Wir müssen miteinander einfach vor Ort, im Konkreten, auf der kommunalen Ebene darüber reden, was wollen wir für eine Gesellschaft sein? ... Es wird herausforderungsvoller. Aber es steigen auch die Chancen auf Lösungen. Je mehr ich mitnehme, desto mehr Ideen habe ich nachher auch am Tisch. ... Ich weiß, dass der Gewinn eben ist, dass ich am Ende Lösungen habe, an die ich nie gedacht hätte*“ (Z14/15). Als Form einer resonanzsensiblen Politik ist hier ein offener demokratischer Prozess im Fokus, der eine Anverwandlung der öffentlichen Institution ermöglichen kann und „Chancen für die Erfahrung genuiner kollektiver Selbstwirksamkeit, für ein politisches Resonanzverhältnis eröffnet.“ (Rosa, 2017, S. 761). Diese ergebnisoffene Herangehensweise widerspricht gleichzeitig dem ständigen Zeit- und Steigerungsdruck und dem Zwang, die Prozesse unter Kontrolle zu halten (vgl. Rosa, 2019a, S. 100).

Die beteiligten Vertreter:innen aus dem kommunalen Raum erwarten, dass der Gestaltungsraum von inklusiven Entwicklungen unter Einhaltung von Qualitätsstandards bei den Kommunen liegt: „*Wir wünschen uns einen rechtlichen Rahmen, der mehr Flexibilität bringt, der die Möglichkeit schafft, vor Ort ... auch unkonventionelle Lösungen umzusetzen*“ (Z11).

Angesprochen wurde auch eine konsequente Verfolgung der Idee der einen Welt – eine Kita für alle – um damit den Zusammenhalt zu stärken: „*Wir hätten schon längst gelernt haben können, dass die zwei Welten nebeneinander nicht aufrecht zu erhalten sind und man einfach mal sagen müsste, es ist jetzt das Ziel: Es gibt nur noch die eine Welt und die Sonderinstitutionswelt wird abgeschafft*“ (Y22). Dazu braucht es ein anderes Verständnis von Regelsystem. „*Also ich finde tatsächlich, es ist so erschreckend, wie wir in unserer Gesellschaft immer noch aussortieren, wir immer*

noch nicht verstanden haben, dass es Kinder gibt, die tatsächlich sich mit einer kleinen Gruppe leichter täten und wo ein kleines Gruppenmodell sinnvoller wäre“ (W6).

Am Ende ist es unter den strukturellen Rahmenbedingungen auf den unterschiedlichen Ebenen notwendig, *„dass wir eigentlich alle daran arbeiten müssen“ (W18)* und neben dem *„Weniger“* die Bildungsgerechtigkeit im Blick behalten. *„Wir werden weniger Personal haben, wir werden weniger Geld haben, wir werden mehr Ansprüche haben“, ... „Wir müssen insgesamt uns bewusst machen und Lösungen finden für ein Weniger.“ ... „Angesichts dieser Rahmenbedingungen hoffe ich, dass es uns trotzdem gelingt, diese Prozesse so zu führen, ... dass es tatsächlich am Ende nicht die Schwächsten sind, die die da hinten runterfallen“ (Z8/L18).* *„Der Fachkräftemangel ist ein Anker, ein politisches Druckmittel, Initiativen zu ergreifen“ (W3).*

Eine zentrale Frage ist, wo die Politik den Sparstift ansetzt oder einen Gestaltungsraum eröffnet. Die Schere zwischen arm und reich geht kontinuierlich immer weiter auseinander und die ungleiche Verteilung von Bildungschancen wird immer größer (vgl. Negt, 2016, S. 148). Bei Inklusion fehlt der Wille zu gestalten. Resonanz ist keine Einbahnstraße. Deshalb sollten politisch Verantwortliche u. a. in Ministerien klare Kante zeigen für Inklusion und unpopuläre Entscheidungen treffen: *„...ich würde mir schon auch immer mal ein bisschen mehr Haltung wünschen, damit Resonanz erzeugt wird von der Politik, auch von oberster Verwaltungsebene. Das ist schon oft schon allen Menschen recht getan“ (Y9).* Vielleicht ist die ständige Resonanzsuche im politischen Gestaltungsraum – mögliche Wirkungen aufs eigene Klientel (die nächsten Wahlen stehen immer an!) – eher das Problem (vgl. Reckwitz, 2017) und hindert sachlogische Aspekte – wie eingangs der Politik zugeschrieben – in den Entscheidungsprozess aufzunehmen. Zudem: *„Klare Kante zeigen“* enthält auch den Möglichkeitsraum, dass eine begründeten Gegenposition gegen den Mainstream Resonanz erzeugen kann (vgl. Rosa, 2017, S. 369).

Die Zukunft der Gesellschaft wird im Bereich der Frühkindlichen Bildung, in Tageseinrichtungen, im Gestaltungsraum der Kommune gelegt. *„Es gibt eigentlich zum Thema Inklusion nirgendwo bessere Chance wie im frühkindlichen Bereich. ... Dort können sie auch inhaltlich Rahmenbedingungen setzen und sie können inhaltlich arbeiten und wenn man die Chance vergeigt, dann hat man auch viel vergeigt für die Kinder, fürs Leben“ (V23).*

„Wir brauchen ganz dringend einen Paradigmenwechsel in der frühkindlichen Bildung. Wir müssen das doch endlich erkennen, dass es genau darum geht, Kinder als diejenigen auch zu sehen, die unsere Gesellschaft tragen werden. Da geht es um Demokratie, da geht es um die Frage: Wo leben wir übermorgen? Und zwar nicht wirtschaftlich. Das spielt sicherlich auch eine Rolle, aber im Mittelpunkt muss doch stehen: Haben wir Kinder, die konfliktfähig sind, die Frustrationstoleranz entwickeln konnten, die Empathie haben für andere? Punkt, Punkt“ (Z5).

Diese Erkenntnis ist eine wichtige Grundlage, um Entwicklung von Gesellschaft zu verstehen, widerspricht aber dem Bildungsverständnis, dass Bildung den Auf-

trag hat, Selektion zu betreiben. Am Ende der ersten Bildungsphase verließen 6,2% der Jugendlichen im Jahre 2021 die Schule ohne Abschluss (vgl. Klemm, 2023). Es gilt die Kita als ‚Kinderstube der Demokratie‘ zu begreifen und Beteiligungsprozesse von Anfang an strukturell zu etablieren, damit die Grundlagen für eine Resonanzfähigkeit geschaffen werden.

Resonanz in der Politik für eine Inklusionsorientierung zu bekommen, scheint ein schwieriges Unterfangen in unserem Kulturkreis zu sein. Trotz hoher Bedeutung der frühkindlichen Bildung fehlt eine Debattenkultur über den Sinn einer inklusiven frühkindlichen Bildung und generell: „...*die eigentliche Diskussion über Sinn und Zweck und Wert von frühkindlicher Bildung, die wird nicht geführt*“ (V5). Es braucht ein Changemanagement in der Politik, das vereinbarte langfristige Ziele konkreter verfolgt. Der erste Schritt einer Veränderung – so die Einschätzung von unterschiedliche Expert:innen – kennzeichnet das Innehalten (Scharmer, 2009; Schäfer, 2019, u. a.). Auch Rosas Resonanztheorie baut auf diesen ersten Schritt des Berührt werden, der nur möglich ist, wenn Politiker:innen präsent und bereit sind, erst mal hin- und zuzuhören. Politik bräuchte mehr davon, damit eine Resonanz für Inklusion in der Politik besser greifbar wird. Dies würde aber bedeuten, dass Politik das Prinzip der Machbarkeit mit einer längerfristigen Entwicklungsperspektive – gekoppelt an demokratischen Kooperationsprozessen mit Bürger:innen – verbinden müsste, um in einen nachhaltigen Transformationsmodus zu kommen. Darüber hinaus besteht ein Diskussionsbedarf, inwiefern die Frage nach dem „guten Leben“ im politischen Diskurs mehr Bezugspunkte wie die Opposition von Resonanz und Entfremdung benötigt. Hier könnte u. a. in einem weiteren Schritt das ‚Prinzip der Verantwortung‘ von Hans Jonas als ethische Frage zur Übernahme von Verantwortung für die Zukunft miteinbezogen werden: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ (Jonas, 1979, S. 36).

Literatur

- Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (Hrsg.) (2015). *Mit Wissenschaft die Politik erreichen. Erfahrungen und Empfehlungen aus über 20 Jahren Praxis dreier Dialogplattformen der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT)*.
- Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2022). *Bildungsbericht 2022 - Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal*. Verfügbar unter <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf>
- Blome, N. (2022). *Was wäre, wenn der Staat mal wieder funktioniert?* Kolumne Spiegel online 19.12.2022. Verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/demokratiefoerderung-wie-waer-s-stattdessen-mit-einem-staat-der-funktioniert-kolumne-a-0c45bdb6-b069-461d-a49a-332d90d67e20>
- Goffman, E. (2003). *Wir alle spielen Theater – Die Selbstdarstellung im Alltag*, München: Piper.
- Jerg, J. (2014). „Über den Wolken“ – Vertrauen und Verantwortung, Gedanken aus der Vogelperspektive auf inklusive Entwicklungen im Projekt IQUAnet. In: J. Jerg, S. Thalheim & W. Schumann

- (Hrsg.), *Vielfalt gemeinsam gestalten. Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Kommunen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Projekt IQUAnet*. Reutlingen.
- Jerg, J. (2021). *(Selbst-)Begegnungen. Möglichkeitsräume für Entgrenzungen und Entbinderungsfragen*. In: N. Burchartz, R. Glück, D. Oktay (Hrsg.), *Soziale Geschichte(n). Soziale Arbeit im Wandel. Nürtingen/Frickhausen: Sindlinger-Burchartz*, S. 220–226.
- Jonas, H. (1979). *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Klemm, K. (2023). *Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeudung*, Gütersloh: Bertelsmann.
- Kohlrausch, B. & Zucco, A. (2020). *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit*. Nr. 40 Policy Brief WS1 5/2020.
- Luhmann, N. (1993). *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Matuschek, K. & Lange, V. (2016). *Politik und Glaubwürdigkeit*. <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/13066.pdf>
- Mayring, P. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Mierendorff, J. (2018). Potenziale eines wohlfahrtsstaatstheoretischen Zugangs in der Kindheitsforschung. In T. Betz, S. Bollig, M. Joos & S. Neumann (Hrsg.), *Institutionalisierungen von Kindheit. Childhood Studies zwischen Soziologie und Erziehungswissenschaft* (S. 129–145). Weinheim: Beltz Juventa.
- Negt, O. (2016). *Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen*. Göttingen: Steidl.
- Reckwitz, A. (2017). Auf dem Weg zu einer Soziologie des gelungenen Lebens? *Soziologische Revue* 2017, 40(2), 185–195.
- Rohrmann, A. (2016). Lokale und kommunale Teilhabeplan. In: I. Beck (Hrsg.), *Inklusion im Gemeinwesen* (S. 145–183). Stuttgart: Kohlhammer.
- Rosa, H. (2017). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung* (7. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H. (2019a). *Unverfügbarkeit* (3. Aufl.). Wien/Salzburg: Residenz.
- Rosa, H. (2019b). Resonanz als Schlüsselbegriff der Sozialtheorie. In: J.-P. Wils (Hrsg.), *Resonanz – im interdisziplinären Gespräch mit Hartmut Rosa* (S. 11–32). Baden-Baden: Nomos.
- Rosa, H. & Endres, W. (2016). *Resonanzpädagogik. Wenn es im Klassenzimmer knistert*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Schäfer, G. (2019). *Bildung durch Beteiligung. Zur Praxis und Theorie frühkindlicher Bildung*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Scharmer, O. (2009). *Theorie U – Von der Zukunft her führen*. Heidelberg: Carl Auer.
- Taylor, C. (1993). Die Politik der Anerkennung. In: ders., *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Autor

Jerg, Jo, Prof. (i.R.)

Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftliche Begleitung und Beratung von Praxisentwicklungsprojekten im Bereich der Inklusion (Frühkindliche Bildung, Wohnen, Freizeit/Sozialraum, Arbeit) überwiegend für den Personenkreis mit Behinderungserfahrungen. Beratung von Organisationen, Kommunen und Politik zu inklusiven Entwicklungen.

jo.jerg@web.de